



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IM SCHATTEN DER GLOBALISIERUNG

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IM SCHATTEN DER GLOBALISIERUNG

Impressum

Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg.
Für den Inhalt verantwortlich: Roman Hinterseer. Autorin: MMag. Eva Stöckl, AK-Sozialpolitik. Produktion:
Ursula Brandecker. Alle 5020 Salzburg, Markus-Sittkus-Straße 10. Eigenvervielfältigung. Stand: März 2009



VORWORT

Verteilungsgerechtigkeit ist eine der großen aktuellen Herausforderungen. Nicht nur die Finanz- und in der Folge die Wirtschaftskrise, die uns seit Ende 2008 beschäftigt, zeigt das Auseinanderdriften der Gesellschaft: Die Reichen werden reicher (da ändern auch aktuelle Aktienverluste grundsätzlich nichts daran), die Armen werden ärmer. Reallohnverlust, Arbeitsplatzverlust, Abdrängen in prekäre Arbeitsverhältnisse, schlechter Stand auf dem Arbeitsmarkt durch ungenügende Bildungschancen – alle diese Fakten zeigen, wie sehr Gerechtigkeit an allen Ecken und Enden fehlt.

Wir werden nicht müde, mit unseren Analysen und darauf basierenden Forderungen Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit einzumahren. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist es unerlässlich, darauf zu achten, dass sich die Gesellschaft nicht entsolidarisiert, meint

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading 'Siegfried Pichler'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Siegfried Pichler
AK-Präsident

INHALTSVERZEICHNIS

1. Globalisierung – Wohlfahrtsstaaten im Wandel	7
2. Facts	10
Einkommen	10
Schere zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnen wird immer größer	10
Wachsende Lohnspreizung	11
Lohnunterschiede Frauen & Männer	14
Höchstgagen für MangagerInnen	15
Armut und Reichtum	16
Bildung und Arbeitsmarkt	19
Wohlfahrtsstaatliche Umverteilung	21
3. Forderungen für mehr Verteilungsgerechtigkeit	24
Nationale Ebene	24
Europäische bzw. Internationale Ebene	27

GLOBALISIERUNG – WOHLFAHRTSSTAATEN IM WANDEL

Bis zum Eintritt der aktuellen Finanzmarktkrise gingen wir davon aus, dass trotz expandierender Weltwirtschaft und einer guten Konjunktur in den meisten Industrieländern die Skepsis gegenüber der Globalisierung wuchs. Es wurde immer stärker die Frage gestellt, ob für die unbestreitbaren Vorteile, zB globale Arbeitsteilung, erhöhte Mobilität in Ausbildung und Beruf, sowie ein breites Informations- und Kommunikationsangebot, nicht zunehmend mehr Nachteile in Kauf genommen werden müssen.

Durch die Finanzmarktkrise, deren Dimension und Auswirkung auf die Weltwirtschaft noch offen ist, sind die verheerenden Konsequenzen deregulierter, weltweiter Märkte offensichtlich geworden und die verteilungspolitischen Konsequenzen aktueller denn je.

Auswirkungen der Globalisierung

Jahrzehntelang wurden die Themen Globalisierung und Verteilung nur mit Blick auf die Unterschiede zwischen nördlichen Industrieländern und den südlichen Ländern in Zusammenhang gebracht. Nach wie vor ist die Aussage zwar zutreffend, dass die nördlichen Industrieländer sowie die Schwellenländer China und Indien insgesamt eher von der Globalisierung profitiert haben und die vielen Entwicklungsländer, zB Afrika südlich der Sahara zu den Globalisierungsverlierern zählen. Inzwischen rückt jedoch auch ein anderer Aspekt der Globalisierung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: die Ungleichverteilung innerhalb der jeweiligen nationalen Gesellschaft. Hierbei geht es einerseits um die zunehmende Kluft zwischen den sozialen Gruppen, insbesondere zwischen gut qualifizierten Erwerbstätigen mit hohem Einkommen und niedrig qualifizierten Bevölkerungsschichten in zumeist prekären Arbeitsverhältnissen, andererseits darum, dass durch die Globalisierung vorwiegend Kapitaleinkommen begünstigt werden. Zugleich nimmt die Zahl der „Working poor“, dh jener, denen trotz Armut kaum Geld zum Leben bleibt, stetig zu.

Ingesamt ist zwar davon auszugehen, dass die Wirtschaft gewachsen ist, jedoch auch davon, dass von diesem Wirtschaftswachstum nicht alle profitieren. Durch die Globalisierung geraten die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme Europas zunehmend unter Druck, die Finanzierungsbasis erodiert und die Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen ist daher für Chancengleichheit und Gerechtigkeit eine der zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen geworden.

Globalisierung – Chance oder Bedrohung?

Der Begriff der Globalisierung ist zu einem Schlagwort in der politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion geworden und wird einerseits als Bedrohung, andererseits auch als Chance betrachtet. Die Globalisierung ist v.a. ein wirtschaftlicher Prozess, der für eine zunehmende Internationalisierung des Handels, der Kapital- sowie der Produkt- und Dienstleistungsmärkte und die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften steht.

Die neoliberale Globalisierung geht vom Prinzip der grenzenlosen Freiheit der Marktkräfte aus und fordert Deregulierung zugunsten der Akkumulations- und Wachstumstendenzen von Kapital und Wirtschaft. Die völlige Bewegungsfreiheit des Kapitals bzw. deregulierter Märkte und der liberale Rechtsstaat sind dabei die entscheidenden Bestimmungsmerkmale.

Wie die aktuelle internationale Finanzmarktkrise zeigt, ist aufgrund der international vernetzten Märkte eine erhöhte Anfälligkeit der nationalen Märkte gegenüber ökonomischen Ereignissen in einzelnen Ländern und Regionen gegeben. Die Wirtschaftskrise verursacht Arbeitslosigkeit und verschärft die ohnehin schon bestehenden Finanzierungsprobleme des wohlfahrtstaatlichen Systems.

Es ist klar geworden, dass nicht der unregulierte, freie Markt als großer Gerechtigkeits- und Wohlfahrtsstifter angesehen werden kann, sondern dass es zunehmender Regulierungen auf staatlicher und supranationaler Ebene bedarf, um einem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems und der Zunahme von Ungleichheiten zu begegnen.

Verteilungsgerechtigkeit trotz Globalisierung?

Globalisierung ist kein „Naturgesetz“. Sie ist vielmehr das Produkt politischer Entscheidungen, die die internationale Vernetzung der Märkte unter den Bedingungen technologischen Fortschritts begünstigt haben. Globalisierung und das Ausmaß von Regulierung oder Deregulierung sind daher politisch gestaltbar. Diese politischen Gestaltungsspielräume sollten als Chance erkannt und genutzt werden.

Wenn auch internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten zugenommen haben, sind doch die Verteilung von Einkommen, von Vermögen und letztlich von politischer Macht innerhalb der einzelnen Nationalstaaten gestaltbar. Beispielgebend sind die skandinavischen Staaten, die wirtschaftlichen Erfolg mit einem hohen Maß sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen können. Sie sollen als Beispiel dafür gelten, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik so gestaltet werden kann, dass eine stabile Wirtschaft mit hohen Beschäftigungsquoten, geringer Einkommensungleichheit und hoher sozialer Durchlässigkeit vereinbart werden kann.

Dieser Leitfaden soll Ansatzpunkte für die Politikgestaltung mit dem Ziel der Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bieten.

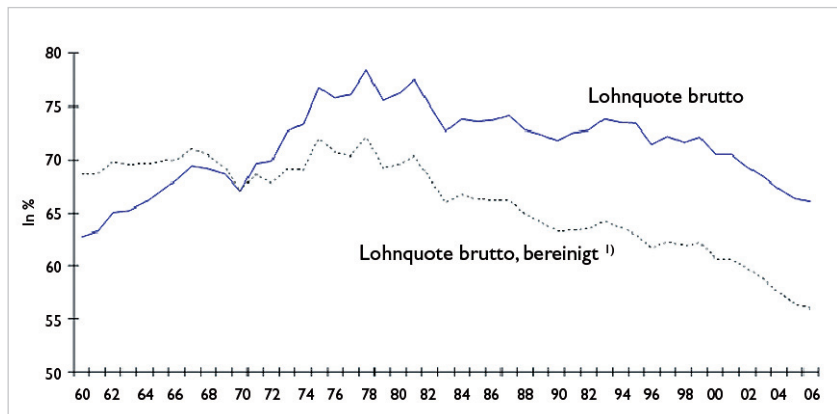
FACTS

EINKOMMEN

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen zwischen den unselbstständig Beschäftigten und den Kapitaleinkommen (funktionale Einkommensverteilung) vergrößert. Der Rückgang des Lohnanteiles am Volkseinkommen zeigt, dass sich die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit schwächer entwickelt haben als die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit, selbstständiger Arbeit, Besitz (zB Miete und Pachten) oder aus Finanzkapital.

1. Die Schere zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnen wird immer größer

Der Anteil der Arbeitseinkommen am erwirtschafteten Wohlstand (Lohnquote) sank seit Anfang der 1980er Jahre rapide. Die bereinigte Lohnquote (bereinigt insofern, als sie die strukturelle Veränderung der Anzahl der Unselbstständigen und der Selbstständigen statistisch berücksichtigt) verringerte sich in Österreich von **1978 bis 2006 von 72% auf 56%**.



Quelle: Statistik Austria, Wifo

Ursachen für die sinkende Lohnquote sind:

- Globalisierung
- Technischer Fortschritt
- Wettbewerbsstrukturen bzw. Deregulierung
- Arbeitslosigkeit

2. Wachsende Lohnspreizung

Auch innerhalb der unselbstständig Beschäftigten vergrößert sich die Einkommensungleichheit.

Österreich:

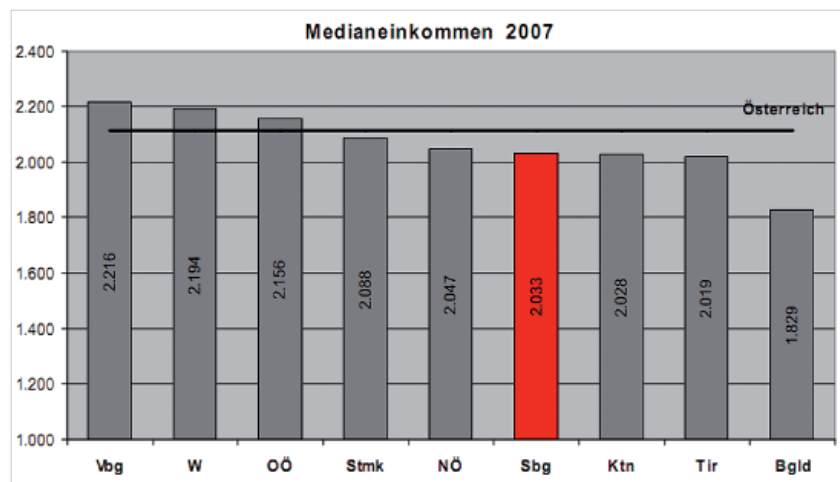
- Das unterste Fünftel der unselbstständig Beschäftigten bezog 2006 lediglich 2,2% der gesamten Lohneinkommen.
- Das oberste Fünftel hingegen bezog 46,7% der Einkommen.
- Der Anteil des untersten Einkommensfünftels ist also seit 2000 gefallen und der des obersten Einkommensfünftels gestiegen!

Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen					
	1995	2000	2004	2005	2006
	Einkommensanteil in %				
ArbeitnehmerInnen					
1. Quintil	2,9	2,5	2,3	2,2	2,2
3. Quintil	17,7	17,4	17,3	17,2	17,1
5. Quintil	44,4	45,7	46,2	46,5	46,7

Quelle: Guger, Marterbauer (2008), WIFO-Berechnungen

Salzburg:

- Das monatliche Bruttomedianeinkommen von Euro 2.033,00 der SalzburgerInnen lag 2007 um 3,8% unter dem Österreichdurchschnitt (Euro 2.113,00).
- Die Salzburger Einkommen sind im Vergleich zu den anderen Bundesländern 2007 am schwächsten gestiegen. Eine Steigerung um 2,4% ist österreichweit der niedrigste Wert (bundesweiter Durchschnitt 2,7%).



Quelle: AK-Salzburg, Einkommensanalyse 2007

- Bundesweit kam es 2007 inflationsbereinigt zu einem Einkommensanstieg von 0,5%, in Salzburg sind die Einkommen gegenüber dem Vorjahr inflationsbereinigt nur um 0,2% gestiegen.
- Das bestbezahlte Viertel der unselbstständig Beschäftigten verdiente 2006 53,6% des gesamten Bruttojahreseinkommens der Salzburger ArbeitnehmerInnen.
- Im Gegensatz dazu verdiente das Viertel der unselbstständig Beschäftigten mit den geringsten Einkommen nur 4% des gesamten Bruttoeinkommens.

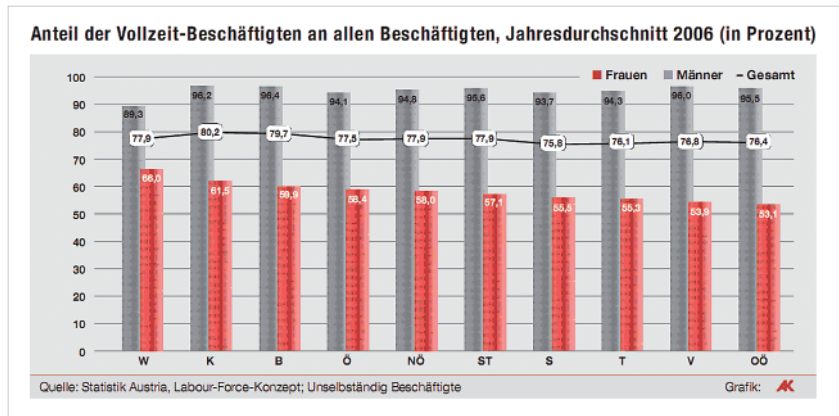
Europa:

Innerhalb der EU zeigen sich deutliche Unterschiede in der Einkommensverteilung. Der Gini-Koeffizient ist ein wichtiger Indikator für die Ungleichverteilung der Einkommen. (Er kann eine beliebige Größe zwischen 0% und 100% annehmen. Je mehr er sich an 100% annähert, desto größer ist die Ungleichheit der Einkommensverteilung.)

- Die gerechteste Einkommensverteilung mit einem Gini-Koeffizient unter 25% findet man in Schweden, Dänemark und Slowenien.
- Österreich und Deutschland liegen mit einem Prozentsatz von 26% bzw. 26,7% in der Gruppe mit den zweitniedrigsten Ungleichverteilungen bei den Einkommen.
- Mit einem Prozentsatz von 41% hat Portugal innerhalb der EU die größte Ungleichheit bei der Einkommensverteilung.

3. Lohnunterschiede Frauen & Männer

- Im Jahr 2006 lag die Frauenerwerbstätigkeitsquote (Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an allen Frauen dieser Altersgruppe) österreichweit bei 63,5%, Salzburg lag dabei mit 65% über dem Durchschnitt.
- Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten bei allen Beschäftigten lag im Jahr 2006 bei Männern bei 94,1% und bei Frauen lediglich bei 58,4%; in Salzburg bei 93,7% bzw. bei 55,5%. Dh mehr als die Hälfte aller Frauen arbeitet Teilzeit.

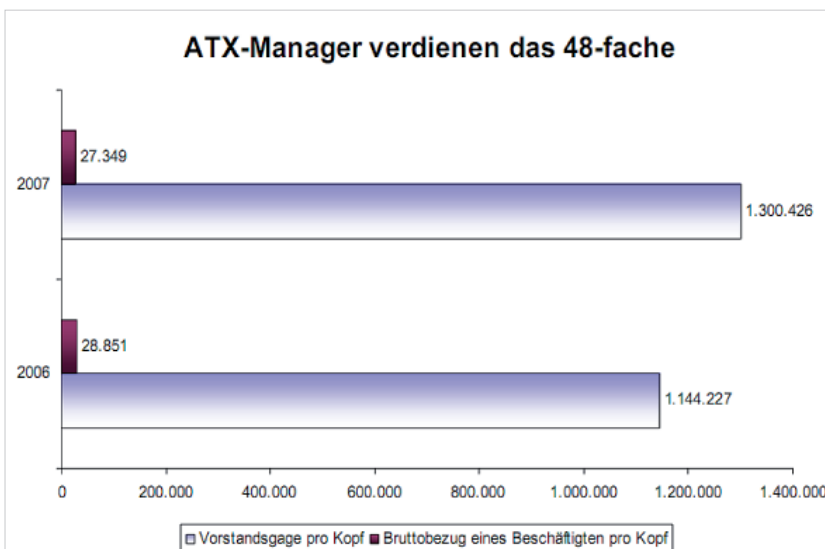


Quelle: AK Oberösterreich

- Im Jahr 2007 lag das Netto-Medianeinkommen der Frauen in Österreich im Durchschnitt nur bei 67% des Netto-Medianeinkommens der Männer.
- Unter anderem spielt dafür auch die unterschiedliche Wochenarbeitszeit eine Rolle. Im Jahr 2006 lag die Teilzeiterwerbstätigkeitsquote der unselbstständig beschäftigten Frauen bei rund 42%. Im Jahr 2006 stellten Frauen mit 84% aller Teilzeiterwerbstätigen daher den Großteil der Teilzeitarbeitskräfte dar.
- Auf Basis arbeitszeitbereinigter Daten verdienten Salzburger Frauen 2006 teilzeitbereinigt brutto um 28,3% (österreichweit 26,6%) weniger als Salzburger Männer.

4. Höchstgagen für ManagerInnen

- Die Schere zwischen den überzogenen Managergehältern und den Beschäftigten wird zunehmend größer.
- Es ist keine Trendwende in Sicht, die Unterschiede haben sich sogar erhöht. Im Jahr 2007 lag die Einkommensspanne bei den 40 von der AK Wien untersuchten börsennotierten Unternehmen zwischen Vorstand und Beschäftigten beim 48fachen, im Jahr 2006 war es das 41fache und im Jahr 2000 „nur“ das 20fache.
- Die Gewinne sind von 2003 bis 2007 um rund 300% gestiegen.
- Die Zahl der Beschäftigten nahm im gleichen Zeitraum nur um 74% zu.
- Die Einkommen der Vorstände sind in gleicher Zeit von durchschnittlich Euro 480.000,00 auf Euro 891.000,00 angestiegen (Steigerung von 85%).



Quelle: AK Wien; ATX Studie 2008

ARMUT UND REICHTUM

Der Anteil der Einkommen aus Vermögen steigt rasant an. Laut internationalen Studien sind Vermögen ungleicher verteilt als Einkommen.

Österreich ist laut OECD das achtreichste Land der Welt.

Die Datenlage ist für eine Analyse der Vermögensverteilung mangels politischen Willens, Daten zu erheben, und nicht zuletzt aufgrund des Bankgeheimnisses schwierig:

Österreich:

REICHTUM

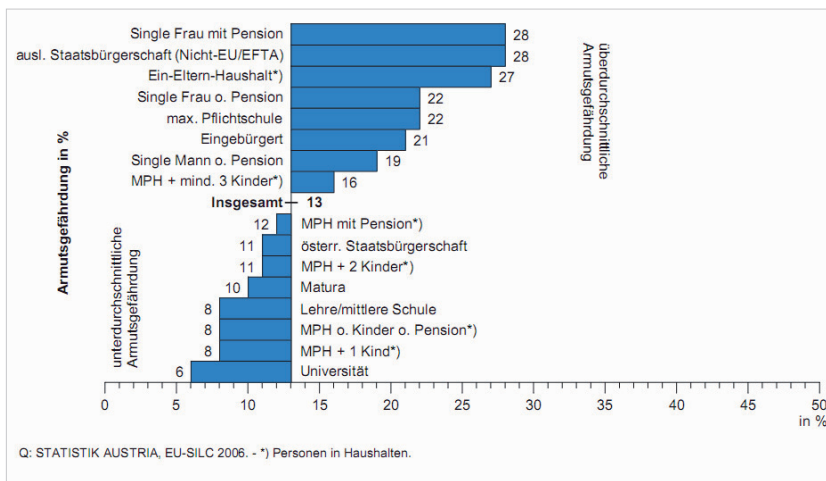
- Das Reinvermögen der privaten Haushalte betrug im Jahr 2000 759 Milliarden Euro (71% des Gesamtvermögens). Das Reinvermögen war damit vier Mal so hoch wie das BIP und mehr als sieben Mal so hoch wie die Einkommen der unselbstständig Beschäftigten pro Jahr.
- Laut Österreichischer Nationalbank (Daten aus dem Jahr 2004; repräsentative Umfrage unter Haushalten) verfügt das oberste Prozent über 20% des Geldvermögens, die obersten zehn Prozent über 54% und die obere Hälfte sogar über 92% des Geldvermögens.

ARMUT

- Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt liegt laut EU-SILC 2006 (= europaweite einheitliche Messung von Armut und Armutsgefährdung) bei Euro 893,00 (Einkommen von 60% des mittleren Einkommens einer Gesellschaft) monatlich (= 12x jährlich, Nettoeinkommen inklusive Sozialtransfers).
- Im Jahr 2006 waren 12,6% der Bevölkerung armutsgefährdet. Dies sind ca. 1.100.000 Menschen. (Damit liegt Österreich noch unter der EU-Durchschnittsquote der Armutsgefährdung von 16%.)
- Überdurchschnittlich armutsgefährdet sind Pensionistinnen, ausländische StaatsbürgerInnen, AlleinerzieherInnen, alleinstehende Frauen und Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen.
- Von den ca. 3,4 Millionen in Österreich Erwerbstätigen sind 7% armutsgefährdet (= working poor, also Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und deren Haushaltseinkommen dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt). Die Definition von „working poor“ nach EU-SILC ist sehr eng, weil nur auf das

Haushaltseinkommen abgestellt wird. Stellt man auf das eigene Einkommen der Haushaltsmitglieder ab, ist die Zahl jener, deren Einkommen nicht existenzsichernd ist, viel höher.

- 41% aller Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind erwerbstätig.
- Die Hälfte der Armutsgefährdeten (ca. 6%) sind manifest arm, dh zur Einkommensarmut kommen noch weitere Belastungen in einem anderen wichtigen Lebensbereich hinzu (zB Ernährung, Bekleidung, Wohnsituation, Gesundheitszustand etc.)
- Umgelegt auf das Bundesland Salzburg bedeutet dies, dass ca. 66.000 Personen in Salzburg armutsgefährdet sind und ca. 30.000 Personen sich in manifester Armut befinden.
- Sozialleistungen (Transfers) tragen zum Gesamthaushaltseinkommen bei, wobei der Anteil dieser staatlichen Zahlungen gerade bei Haushalten mit niedrigen Einkommen bedeutsam ist. Durchschnittlich 56% des Einkommens armutsgefährdeter Haushalte stammen aus Leistungen der öffentlichen Hand, bei nicht armutsgefährdeten Haushalten sind es 32%. Damit kommt Sozialtransfers eine hohe umverteilende Wirkung zu: Mit Sozialleistungen beträgt die Armutsgefährdungsquote rund 13%, ohne Sozialleistungen befänden sich mit 25% beinahe doppelt so viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle; ohne Pensionen und Sozialleistungen läge die Armutsgefährdung sogar bei 43%!



Europa:

- Im Jahr 2000 verdienten die reichsten 20% der Bevölkerung in den EU27-Staaten im Schnitt das 4,5fache Einkommen der ärmsten 20%. Im Jahr 2006 stieg dieses Verhältnis auf das 4,8fache an.
- Im Jahr 2004 galten 100 Millionen EuropäerInnen (das sind 22% der Gesamtbevölkerung) als armutsgefährdet. Diese mussten mit weniger als Euro 22,00 pro Tag auskommen.
- 23,5 Millionen EuropäerInnen mussten mit weniger als Euro 10,00 pro Tag leben.

BILDUNG & ARBEITSMARKT

Die Einkommensposition jedes/er Einzelnen resultiert aus dem Arbeits/Erwerbseinkommen (=Primärverteilung) und aus wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wie Transfers, sozialen Diensten und Infrastruktur (=Sekundärverteilung).

Das Bildungssystem, dh seine Zugänglichkeit und Qualität ist ein entscheidender Faktor für die Erwerbschancen und die Arbeitsmarktintegration.

Qualifikations- und Bildungsdefiziten kann durch das Bildungssystem gegengesteuert werden. Das österreichische Bildungssystem ist sozial selektiv, sodass Bildungsdefizite in hohem Ausmaß vererbt werden. Für Österreich ergibt sich für das Jahr 2007 im Vergleich zu den anderen OECD-Mitgliedern folgendes Bild:

- Nur im deutschen Bildungssystem ist die soziale Durchlässigkeit noch geringer als in Österreich.
- 39% der männlichen Bevölkerung zwischen 40 und 60 Jahren haben in Österreich einen Arbeiterhintergrund; der Anteil der Jugendlichen mit Arbeiterhintergrund in Hochschulausbildung beträgt nur 20%.
- Der Anteil der Bevölkerung in Österreich, der nicht zumindest eine Lehre oder Matura hat, liegt bei 20%. Bis auf Italien liegen dabei alle Nachbarländer besser als Österreich.
- Auch die Entwicklung der Studierendenzahlen ist ungenügend: 2006 begannen in Österreich nur 40% eines Altersjahrganges ein Studium – der OECD-Schnitt liegt bei 56%.
- Von den JungakademikerInnen stammten 46% aus einem Akademikerhaushalt, aber nur 5% aus einem Elternhaus mit nur Pflichtschulabschlüssen.
- Österreich hat mit 18% der Bevölkerung die niedrigsten Akademi-kerquoten – der OECD-Schnitt liegt bei 27%.
- Laut OECD gehören österreichische Unis und Fachhochschulen zu den ineffizientesten im OECD-Raum; das Bildungssystem ist zu elitär und zu wenig an wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen orientiert.

Je geringer die Qualifikation, desto ungünstiger ist die Arbeitsmarktposition bzw. das zu erzielende Erwerbseinkommen. Zu den VerteilungsverliererInnen zählen v.a. Geringqualifizierte:

- Von den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss waren 2006 nur 59% erwerbstätig, von den Frauen 42%. Bei höheren Bildungsabschlüssen sind es bei Männern 80 – 90%; bei Frauen über 70%.
- Insgesamt steigt das mittlere Bruttoeinkommen mit der Qualifikation und Stellung im Beruf und gleichzeitig sinkt das Armutsgefährdungsrisiko.
- Erwerbstätige Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss haben eine Armutsgefährdungsquote von 15%, bei einer abgeschlossenen Lehre sinkt diese bereits auf 6%. Personen, die Hilfsarbeiten verrichten, haben eine Armutsgefährdungsquote von 14%, diese liegt bei FacharbeiterInnen schon nur mehr bei 7%.
- Im Jahr 2007 wiesen Personen mit Pflichtschulabschluss eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote (8,8%) auf als der Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote bei AbsolventInnen von Hochschulen lag bei 2,3%, bei Personen mit Abschluss von Berufsbildenden höheren Schulen bei 2,4%.

WOHLFAHRTSSTAATLICHE UMVERTEILUNG

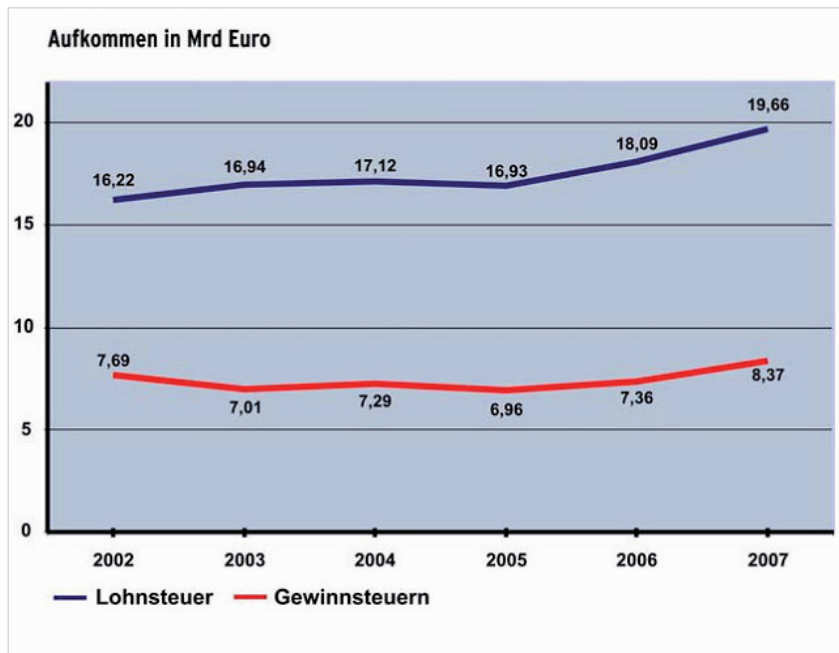
Die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung erfolgt einnahmenseitig durch die Gestaltung des Steuer- und Abgabensystems; ausgabenseitig durch Sozialtransfers, das Angebot von sozialen Dienstleistungen und die Bereitstellung sozialer Infrastruktur. In Österreich wirkt das Steuer- und Abgabensystem einnahmenseitig kaum umverteilend, da die Umverteilung primär ausgabenseitig durch monetäre Transfers und soziale Dienstleistungen erfolgt. Die Korrekturbedürftigkeit des Steuersystems steht daher im Zentrum der aktuellen, nationalen Verteilungsdebatte.

Dass das österreichische Steuersystem kaum umverteilende Wirkung hat, ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass

- die Besteuerung von Vermögen marginal ist,
- die Tarifgestaltung der Einkommensbesteuerung reformbedürftig ist (zu hoher Eingangsteuersatz, kalte Progression, ...) und die
- progressive Wirkung der Einkommenssteuer durch regressive Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern kompensiert wird.

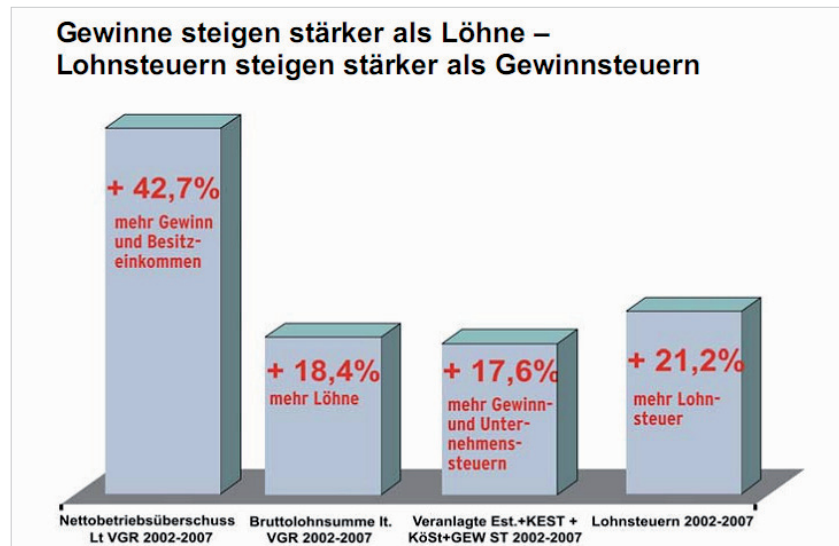
Für das Jahr 2007 ergibt sich für Österreich folgende Datenlage:

- In Österreich ist der Anteil der Steuern und Abgaben auf Erwerbseinkommen gemessen am BIP seit 1980 beständig gestiegen (von 25,2% im Jahr 1980 auf 29,0% im Jahr 2005).
- Gleichzeitig hat sich der Anteil aus vermögensbezogenen Steuern gemessen am BIP in diesem Zeitraum von 1,12% auf 0,55% halbiert.
- Österreich weist damit unter allen OECD-Staaten die geringste Vermögensbesteuerung auf und liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 1,92%.
- Die sehr schwache Besteuerung der Gewinn- und Besitzeinkommen hat zur Folge, dass der Beitrag des Steuersystems zur Einkommen- und Vermögensumverteilung in Österreich sehr schwach ausgeprägt ist.
- Während ArbeitnehmerInnen seit 2002 immer mehr Lohnsteuer zahlen, stagnieren die Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer auf Dividenden) trotz guter Gewinnentwicklung.



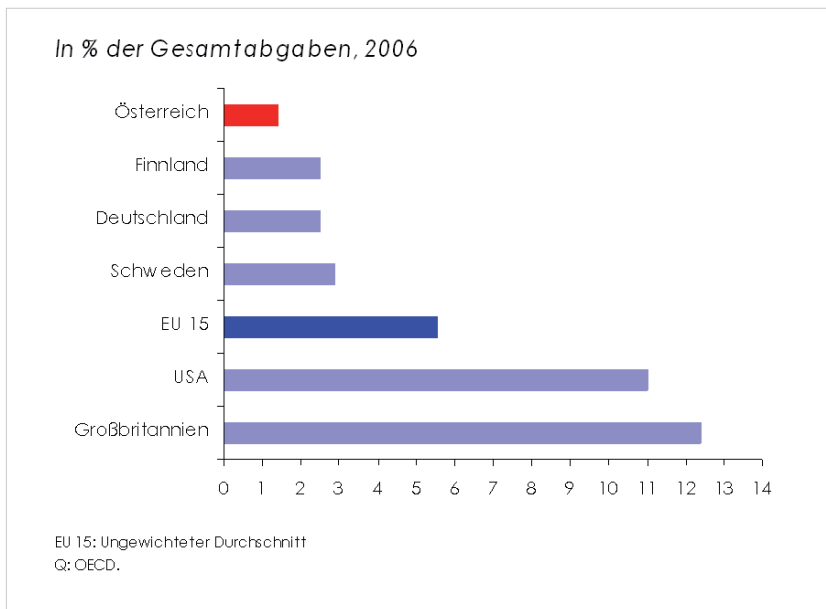
Quelle: Wifo Datenbank; AK Grafik

- Im gleichen Zeitraum sind die Löhne und Gehälter mit einem Plus von 18,4% deutlich geringer gestiegen als die Gewinne mit einem Plus von 42,7%.



Quelle: WIFO Datenbank Prognose 03/2008

Wählt man als Vergleichsmaßstab den Prozentsatz der Vermögenssteuern vom gesamten Steueraufkommen liegt Österreich mit einem Prozentsatz unter 2% im internationalen Vergleich abgeschlagen:



Quelle: WiFO

Seit den 1980er Jahren wurden Vermögenssteuern in Österreich schrittweise abgeschafft:

- Gewerbekapitalsteuer
- 1993 Vermögenssteuer
- 2000 Börsenumsatzsteuer
- 2007 Erbschafts- und Schenkungssteuer

FORDERUNGEN FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

NATIONALE EBENE

Maßnahmen gegen das Sinken der Lohnquote bzw. zunehmende Ungleichheit der funktionellen und personellen Einkommensverteilung

- Aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:
 - Konjunkturpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Realwirtschaft, insbesondere auch durch öffentliche Investitionen und eine Steuerreform, die die Massenkaufkraft stärkt.
 - Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik, v.a. durch Qualifizierungsmaßnahmen
 - Erleichterung der Weiterbildung während der Arbeitslosigkeit
 - Verbesserung der Vermittlungs- und Betreuungsqualität des AMS
 - Verbesserte Existenzsicherung während der Arbeitslosigkeit und Weiterbildung
 - Verbesserung der Chancen von WiedereinsteigerInnen durch gezielte Betreuungs- und Qualifizierungsangebote
 - Ausbau der Maßnahmen zur Integration von Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf durch Weiterentwicklung und vermehrten Einsatz von Instrumenten des zweiten Arbeitsmarktes

- Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

- Umsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns

- Keine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes bzw. arbeitsrechtlicher Standards

- Wirksame Maßnahmen gegen Atypisierung bzw. Prekarisierung:
 - Modernisierung des ArbeitnehmerInnenbegriffs und Einbeziehung wirtschaftlich Abhängiger ins Arbeitsrecht (stärkeres Abstellen auf wirtschaftliche Abhängigkeit anstelle der bisher im Vordergrund stehenden persönlichen Abhängigkeit)
 - Schaffung eines einheitlichen Arbeitsvertragsrechts für ArbeiterInnen und Angestellte
 - Verbesserung der Rechtsstellung von Teilzeitkräften zB durch Beseitigung von Umgehungsmöglichkeiten beim Mehrarbeitszuschlag, bevorzugte Behandlung bei der Bewerbung um Vollzeitstellen

- Keine Förderung des Niedriglohnsektors

- Erarbeitung von Kriterien der Angemessenheit von ManagerInnengehältern, zu deren rechtlich verbindlicher Begrenzung und Abschaffung von ungerechtfertigten Steuerprivilegien

Steuerreform

- Einführung eines sozial gerechten Lohnsteuertarifes – damit die Nettolöhne steigen (Entlastung von ArbeitnehmerInnen mit kleinen und mittleren Einkommen zwischen Euro 1.200,00 und Euro 3.400,00)
- Steuerbonus von bis zu Euro 450,00 jährlich für GeringverdienerInnen (=Erhöhung der Negativsteuer)
- Senkung des Eingangssteuersatzes auf mindestens 33%
- Jährliche Tarifierhöhung an die Teuerung
- Kinderbetreuungsbonus von jährlich Euro 600,00 zur Unterstützung von Familien
- Erhöhung der Pendlerpauschale und Umwandlung in einen Absetzbetrag
- Einführung einer Vermögenszuwachssteuer
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer

Absicherung und Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates

- Sozialversicherungssystem armutsfest machen, zB durch Erhöhung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe von derzeit 55% auf 75% und Anhebung der Mindestbezugsdauer beim Arbeitslosengeld auf 30 statt der derzeit geltenden 20 Wochen.
- Beseitigung der PartnerInneneinkommensanrechnung bei der Notstandshilfe
- Weiterentwicklung des Entgeltschutzes in den Zumutbarkeitsbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, sodass mit Sanktionsdrohung nur mehr auf Arbeitsplätze mit existenzsichernder Entlohnung vermittelt werden kann
- Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung mit einer existenzsichernden Leistungshöhe, die über der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle liegt
- Bekämpfung des Phänomens der „working poor“ zB durch Schaffung besserer Erwerbschancen für AlleinerzieherInnen durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots und durch Beseitigung der Kostenvorteile für ArbeitgeberInnen bei geringfügiger Beschäftigung
- Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsleistungen für armutsgefährdete Gruppen
- Ausbau sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen, zB Kinderbetreuungseinrichtungen, Sicherstellung der Finanzierung und Beibehaltung eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems, Aufbau eines nachhaltig organisierten Pflegesicherungssystems

Bildungsreform

- Einführung einer verpflichtenden, kostenlosen Vorschule – zumindest für alle 5jährigen
- Gemeinsame Schule im Bereich der Mittelstufe (AHS und Hauptschule)
- Ganztagsbetreuungsangebote und individuelle Förderung für alle Kinder
- Freier Zugang zu Hochschulbildung, der von sozialen Maßnahmen (Schülerbeihilfen, Studienbeihilfen etc.) flankiert sein muss
- Ausufernde private Ausgaben für Bildung (zB Nachhilfe) müssen durch Reformen, wie Kurssystem statt Sitzenbleiben, ein Recht auf Förderunterricht und Ganztagsbetreuung eingedämmt werden

EUROPÄISCHE BZW. INTERNATIONALE EBENE

Regulierung, Besteuerung und Kontrolle der Finanzmärkte

- Ein weltweites Verbot von allen Finanzprodukten, die ausschließlich Wettcharakter haben und nicht der Risikoabsicherung realwirtschaftlicher Transaktionen dienen.
- Einführung eines neuen Systems fester Wechselkurse, welches zu internationaler Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Verhinderung der weltweiten Währungsspekulation führt.
- Umgestaltung des IWF und der Weltbank von einem Finanzierungsinstitut zu einem effektiven Kontrollinstrument der Finanz- und Währungssysteme.
- Beibehaltung bzw. Verschärfung der Rechnungslegungspflichten, um einen effektiven Gläubigerschutz zu gewährleisten.
- Die Europäische Zentralbank ist derart zu gestalten, dass sie effektive Instrumente zur Intervention in Krisenfällen des Finanzsystems zur Verfügung hat.
- Die Bezüge der Manager sind zu beschränken, zu veröffentlichen und von der Entwicklung der Börsenkurse zu entkoppeln.

Sozialere Ausgestaltung der EU + verstärkte Zusammenarbeit

- Stärkere Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten, um die soziale Dimension der Europäischen Union weiterzuentwickeln.
- Ein gestärktes und vereintes Europa mit sozialer Ausrichtung sollte eine Vorreiterrolle in wichtigen politischen Handlungsfeldern, wie der internationalen Handels-, Steuer- oder Klimapolitik einnehmen und damit ein relevantes Gegengewicht zu den USA bzw. den neu entstandenen östlichen Handelsmächten wie China und Indien darstellen.

- Kurskorrekturen der EU-Politik zur Regulierung und Kontrolle der Märkte:
 - Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping bei grenzüberschreitendem Einsatz von ArbeitnehmerInnen
 - Maßnahmen gegen Steuerdumping (Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung)
 - Öffentliche Dienstleistungen europaweit absichern
 - Ausrichtung der Geldpolitik auf Preisstabilität und Wachstum
 - EU-Budget für Wachstum und Beschäftigung, um auf Konjunkturkrisen rasch und angemessen reagieren zu können
 - Neue Grundlage für die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes, damit sozialpolitische Rechtsakte und soziale Grundrechte nicht den Grundfreiheiten des Binnenmarktes untergeordnet werden, zB durch Einführung einer Sozialklausel, die festlegt, dass Bestimmungen der Freizügigkeit unter Berücksichtigung der Grundrechte auszulegen sind
 - Soziale Gestaltung der Globalisierung durch die EU, zB durch die Verankerung von ILO-Kernarbeitsnormen in internationalen Handelsverträgen der EU
 - Ökologisch faire internationale Wettbewerbsbedingungen sicherstellen

LITERATUR

AK Salzburg (2007) Einkommen 2007 der Arbeiter und Angestellten in Salzburg. Analyse statistischer Daten aus der Sozialversicherung

AK Wien (2008) AK-Studie: Trotz Börsekrise erneut Rekordgagen für ATX-Manager. Wien 2008

AK Wien (2008) Notwendige Kurskorrekturen in der EU-Politik. August 2008

AK Wien (2008) Schlechtes Zeugnis für Österreich. Wien 9.9.2008

AK Österreich (2008) Lohnsteuer senken – damit die Nettolöhne steigen! Wien 2008

AK Österreich (2008) Forderungen der Bundesarbeitskammer an die künftige Bundesregierung. Wien Juli 2008

EU-SILC (2006) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Herausgegeben von Statistik Austria. Wien 2008

European Commission (2008) The Social Situation in the European Union 2007. Social Cohesion through Equal Opportunities. April 2008

GPA-DJP (2008) Wege zu mehr Einkommensgerechtigkeit. Analysen + Vorschläge. Wien

OECD (2007) Education at a Glance 2007: OECD Indicators. France 2007

ÖGPP; Mag. Karl Goldberg (2007) Vermögensbesteuerung. Ein internationaler Vergleich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Dezember 2007

ÖGPP; Hauenschild, Barbara; Höferl, Andreas (2008) Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2003-2007. Wien Oktober 2008

Statistik Austria (2007) Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden. Auftrag Bundesministerium für Frauen. Wien 2007

Stelzer-Orthofer, Christine (2008) Ungleiche Verteilung von Lebenschancen, in: Kontraste 7/ August 2008

WIFO (2007) Guger, Alois; Marterbauer, Markus (2007) Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – Ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen. 307/2007 Working Papers



**Kammer für Arbeiter
und Angestellte**

Markus-Sittikus-Straße 10
5020 Salzburg

Tel.: 0662-8687-0

Fax: 0662-876258

www.ak-salzburg.at

kontakt@ak-salzburg.at

Bezirksstellen:

Pongau:

Gasteiner Straße 29

5500 Bischofshofen

Telefon: 06462-2415

Fax: 06462-3113-20

Pinzgau:

Ebenbergstraße 1

5700 Zell am See

Telefon: 06542-73777

Fax: 06542-74124-22

Flachgau:

Kirchenstraße 1b

5202 Neumarkt

Telefon: 06216-4430

Fax: 06216-7845-14

Tennengau:

Bahnhofstraße 10

5400 Hallein

Telefon: 06245-84149

Fax: 06245-84149-76

Lungau:

Schlossparkweg 6

5580 Tamsweg

Telefon: 06474-2349

Fax: 06474-2349-14